

## **Vorprüfung der Umweltverträglichkeit**

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. § 9 Abs. 4 und § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540) geprüft.

Aktenzeichen: 11-ber-05999-22  
Antragsteller: Windpark Hekese GmbH  
Baugrundstück: Berge, ~  
Gemarkung: Dalvers      Hekese      Hekese      Hekese  
Flur: 6                    1                    1                    1  
Flurstück(e): 42                43                44                47

Beantragung einer befristeten Ausnahme gem. § 31 k BImSchG  
hier: Aussetzung der Schattenwurfabschaltzeiten der WEA des Windparks Berge-Hekese

Bei der Art des Vorhabens handelt es sich um eine zeitlich befristete Ausnahme zur Aussetzung der Schattenwurfabschaltung an allen WEA im Windpark Berge-Hekese. Bei dem Standort des Windparks handelt es sich planungsrechtlich um den Außenbereich. Vorhabenträger ist die Windpark Hekese GmbH.

Da im ursprünglichen Genehmigungsverfahren bereits eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt wurde, war für das Vorhaben gemäß der §§ 9 Abs. 1 Nr. 2, 9 Abs. 4 und 7 Abs. 1 i.V.m. der Nr. 1.6.3 der Anlage 1 des UVPG eine allgemeine UVP-Vorprüfung durchzuführen. Die Prüfung hat ergeben, dass aus den nachfolgend aufgeführten Gründen die Durchführung einer UVP für das Vorhaben nicht erforderlich ist.

Gemäß Nr. 3 der Anlage 3 des UVPG sind die möglichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter zu beurteilen. Für die Schutzgüter Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Fläche, Wasser, Klima und Luft, Landschaft sowie kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter können erhebliche Umweltauswirkungen durch das geplante Vorhaben ausgeschlossen werden.

Die beantragte Abweichung hat zur Folge, dass die Beschränkungen zur täglichen und jährlichen Schattenwurfbeschränkung von 30 min/Tag und 30 Std./Jahr entfällt und es somit zu weiteren Lichtimmissionen kommen kann. Belästigender Schattenwurf entsteht bei Sonnenschein; zu beachten ist allerdings, dass die Sonne nicht immer im perfekten Winkel zu jedem betroffenen IO steht, sodass es nicht grundsätzlich bei Sonnenschein zu Beeinträchtigungen durch Schattenwurf kommt.

Da die Abweichung allerdings zeitlich bis zum 15.04.2023 (oder beim Entfall der Alarmstufe oder der Notfallstufe auch schon früher) beschränkt ist, sind erhebliche Auswirkungen auf dieses Schutzgut nicht anzunehmen. Es handelt sich zwar um eine temporäre Mehrbelastung der Anwohner, die allerdings im Verhältnis zur bundesweiten Energiekrise für einen befristeten Zeitraum zurückstehen.

Es liegen daher insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 15.12.2022

Landkreis Osnabrück  
Die Landrätin

Fachdienst Planen und Bauen  
i. A. Pforte